

# Assad zeigt sich unbeeindruckt

## In Damaskus ist kein Machtwechsel in Sicht

Von unserem Korrespondenten  
Thomas Seibert

Ein sonniger Morgen in der syrischen Hauptstadt Damaskus. Ein schlanker Mann in Anzug und Krawatte, eine Aktentasche in der rechten Hand, betritt ein Verwaltungsgebäude: Ein kurzes Video des syrischen Präsidialamtes zeigt Staatschef Baschar al-Assad auf dem Weg ins Büro. Alles ist wie immer, so als hätte es die massiven Raketenangriffe nicht gegeben – so lautete die Botschaft des Clips. Tatsächlich ist nach den Angriffen nicht zu erkennen, dass Assads Regime wankt. Weil USA, Frankreich und Großbritannien bei ihren Angriffen viele wichtige Einrichtungen des Regimes schonten, ist es fraglich, ob der gewünschte Abschreckungseffekt erzielt wurde. Zudem ist das Bündnis zwischen dem syrischen Staatschef, Russland und dem Iran stärker als zuvor. Kritiker des westlichen Vorgehens sprechen von einer Schauveranstaltung ohne Konsequenzen.

Nach Angaben der US-Regierung richteten sich die Angriffe, die als Vergeltung für den Giftgaseinsatz in der Stadt Duma angeordnet wurden, gegen drei Einrichtungen der syrischen Regierung. Betroffen wurden demnach eine Einrichtung zur Entwicklung chemischer Waffen bei Damaskus, ein Lager für C-Waffen nahe der westsyrischen Stadt Homs sowie ein Befehlszentrum in Homs. Angeblich wurden mehr als 100 Raketen und Marsch-



FREUDE in Damaskus trotz des nächtlichen Angriffs.

flugkörper abgeschossen. Die syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte teilte mit, auch Waffenlager von Eliteeinheiten des Assad-Regimes – der 4. Panzerdivision und der Republikanischen Garde – seien getroffen worden. Die Raketen kamen von Kriegsschiffen und U-Booten im Mittelmeer sowie von Kampffjets, die in Frankreich, Zypern und einem US-Stützpunkt in Katar starteten.

Fast so wichtig wie die Liste der Ziele ist ein Blick auf Einrichtungen, die von den USA, Frankreich und Großbritannien verschont wurden. Dazu gehören Einrichtungen der syrischen Luftwaffe. Einige Experten wie Tobias Schneider von der Berliner Denkfabrik GPPI weisen daraufhin, dass die für den Giftgaseinsatz von Duma direkt verantwortlichen Einheiten der Syrer bei den westlichen Raketenangriffen nicht ins Visier genommen wurden. In Erwartung des Angriffs hatten die syrischen Militärs wichtige Waffen in Bunker verlegt oder auf russischen Stützpunkten untergebracht. Russische Militäreinrichtungen in Syrien wurden nicht attackiert. Auch Assads Präsidentenpalast in Damaskus blieb unbehelligt – es ging den Amerikanern, Briten und Franzosen nicht um einen Sturz des Staatschefs.

In Damaskus versammelten sich Assad-Anhänger, um die angeblich erfolgreiche Abwehr des westlichen Angriffes zu feiern. Die Assad-Regierung beschrieb die Strafaktion der



EINE SPUR DER VERWÜSTUNG hinterließen die westlichen Raketen und Marschflugkörper: Zerstört wurde auch eine syrische Forschungseinrichtung bei Barsah. Fotos: dpa

drei westlichen Mächte als „barbarische Aggression“ und kündigte an, den Kampf gegen die Rebellen im Land fortzusetzen.

Mit dem Chemiewaffen-Einsatz in Duma am vergangenen Wochenende war die letzte Hochburg der Assad-Gegner in Ost-Ghuta bei Damaskus gefallen. Nun wird ein Großangriff von Syern, Russen und Iranern im nordwestsyrischen Idlib erwartet, einem Rückzugsraum der Rebellen.

Aus Sicht der syrischen Opposition war der Militärschlag gegen Assad unzureichend. Zwar sei der Angriff der Westmächte zu begrüßen, schrieb der Oppositionspolitiker Hadi Albakra auf Twitter. Gebraucht werde jedoch nachhaltiger militärischer Druck auf Assad, um die Gewalt gegen Zivilisten zu stoppen und den Weg zu einer politischen Lösung des Konflikts zu öffnen.

Der auf den Nahen Osten spezialisierte Wirtschaftsanalyst Timothy Ash nannte den Angriff ein reines „Feuerwerk“ ohne größere Folgen.



VON ZYPERN AUS starteten britische Jets Richtung Syrien. Die syrische Luftabwehr konnte nichts ausrichten.

# Unterstützung mit Worten, aber nicht mit Taten

## Die Bundesregierung verteidigt die Luftschläge und setzt sich gleichzeitig für eine diplomatische Lösung ein

Von unserem Korrespondenten  
Martin Ferber

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) versucht im internationalen Konflikt um Syrien den außenpolitischen Spagat. Einerseits will die alte und neue Regierungschefin treu und verlässlich an der Seite der Verbündeten stehen und den engen Schulterschluss mit den USA, Frankreich und Großbritannien demonstrieren, andererseits will sie unter allen Umständen eine direkte Beteiligung Deutschlands in dem seit sieben Jahren andauernden Konflikt verhindern und vermeiden, dass die Bundesrepublik im Pulverfass Nahost selber zum Akteur wird. Stattdessen setzt Berlin weiter auf eine diplomatische Lösung.

Nach den Luftangriffen der USA, Frankreichs und Großbritanniens gegen Ziele in Syrien, die in direktem Zusammenhang mit der Produktion von Chemiewaffen stehen, gibt Merkel daher den Kurs der Bundesregierung vor: Deutschland unterstützt das Vorgehen der Partner gegen das Assad-Regime zwar mit Worten, aber nicht mit Taten. „Der Militäreinsatz war erforderlich und angemessen, um die Wirksamkeit der internationalen Ächtung des Chemiewaffeneinsatzes zu wahren und das syrische Regime vor weiteren Verstößen zu warnen“, sagt sie in einer offiziellen Stellungnahme. Deutschland unterstütze es, dass die amerikanischen, britischen und französischen Verbünde-

ten in ihrer Eigenschaft als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates in New York Verantwortung übernommen hätten. Bereits am Donnerstag hatte Merkel in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, dass sich Deutschland selber unter keinen Umständen an einem Kampfeinsatz beteiligen werde. Der Linie, die Merkel vorgibt, schließen

sich auch Außenminister Heiko Maas (SPD) und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) an, die ebenfalls die Luftschläge rechtfertigen. „Der Sicherheitsrat ist offensichtlich in dieser Frage seit Tagen blockiert“, sagt von der Leyen, die Attacke sei daher nötig gewesen – „angesichts der Abscheulichkeit des Einsatzes von Chemie-

waffen“. Der neue Außenamtschef Maas bezeichnet das militärische Vorgehen von Washington, London und Paris als ein angemessenes und erforderliches Signal: „Es leistet einen Beitrag dazu, Wiederholungen dieses Leids künftig zu erschweren.“ Gleichzeitig plädiert er ausdrücklich für eine politische Lösung, um einen dauerhaften Frieden in Syrien zu erreichen.

Deutschland wolle für einen „neuen kraftvollen Einstieg“ in die festgefahrenen Verhandlungen werben und alle diplomatischen Mittel nutzen, um die Genfer Gespräche voranzubringen. Dazu werde die Regierung auch ihre „Kanäle nach Russland“ nutzen.

Allerdings ist das Verhältnis zwischen Russland und Deutschland – auch wegen des Konflikts um den Giftanschlag auf den früheren Doppelagenten Sergej Skripal in Großbritannien – derzeit nicht das Beste, der

neue Außenminister Maas fährt einen deutlich kritischeren Kurs gegenüber Moskau als seine Vorgänger Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier. Der im Vorjahr zum Bundespräsidenten gewählte Steinmeier zeigt sich besorgt über die „galoppierende Entfremdung zwischen Russland und dem Westen“ und appelliert eindringlich an die neue Bundesregierung, bei den diplomatischen Bemühungen nicht nachzulassen. „Ganz unabhängig von Putin – wir dürfen nicht Russland insgesamt, das Land und seine Menschen, zum Feind erklären“, sagt er in der „Bild am Sonntag“. „Dagegen steht unsere Geschichte, und dafür steht zu viel auf dem Spiel.“

Union und SPD im Bundestag unterstützen den Kurs der Bundesregierung, verteidigen die Luftschläge und werben für eine Neuaufnahme der Friedensverhandlungen. „Die Europäische Union und Deutschland sollten eine neue diplomatische Initiative unternehmen, um den Genfer Friedensprozess fortzuführen“, sagt der Außenexperte der Unionsfraktion, Jürgen Hardt.

Und sein SPD-Kollege Rolf Mützenich fordert „gemeinsame diplomatische Schritte unter dem Dach der Vereinten Nationen“. Während die Grünen vor einer militärischen Eskalation warnen, wirft AfD-Fraktionschef Alexander Gauland Merkel vor, „wie gewohnt halberzig nach dem Motto ‚Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass‘ zu agieren.“



AUSSENPOLITISCHER SPAGAT: Bundeskanzlerin Angela Merkel lobt die Verbündeten für ihren Einsatz, eine direkte Beteiligung deutscher Soldaten will sie weiter vermeiden. Foto: dpa

# Trump demonstriert Stärke

## Der US-Präsident will sich von seinem Vorgänger Obama abgrenzen

„Mission erfüllt“, schrieb Donald Trump nach dem Angriff auf Syrien in einem Tweet. Es sind Worte, die Erinnerungen an eine blamable Fehleinschätzung wecken. Als George W. Bush im Mai 2003, nach dem Sturz Saddam Husseins, auf dem Flugzeugträger „Abraham Lincoln“ erschien und hoch über ihm ein Spruchband mit der Parole „Mission Accomplished“ wehte, sollte der Irak erst noch im Sumpf eines blutigen Bürgerkrieges versinken.

Seitdem hat man es in Washington weitgehend vermieden, von erfüllten Aufträgen zu reden, wenn es um Militäreinsätze in der Ferne ging. Abgesehen davon, dass Trump die Regel nicht länger beherzigt, ist es die Frage nach der Mission, die nach dem Rake-

tenschlag die Debatten beherrscht. Was Trumps Denken maßgeblich bestimmt, das wissen Insider, ist die Absicht, sich von seinem Vorgänger zu unterscheiden. Von Barack Obama, der eine rote Linie zog, um den Giftgaseinsatz in Syrien zu verhindern, und dann militärisch nicht handelte, als sie überschritten wurde.

Etliche Probleme in dem Land gebe es nur, weil es Obama versäumt habe, die Verletzung roter Linien zu ahnden,

zitiert der Harvard-Professor Alan Dershowitz, was ihm Trump vorige Woche bei einem Dinner im Weißen Haus anvertraute. Dieser Präsident lasse nicht mit sich spielen.

Zugleich stellt die US-Regierung klar, dass der Angriff nichts an ihren Prioritäten ändert. Man wolle den „Islamischen Staat“ besiegen, aber nicht in den Bürgerkrieg hineinschlittern, betonte Pentagon-Sprecherin Dana White, im Grund nur wiederholend,

was bereits unter Obama Maxime war. Derzeit sind rund 2 000 US-Soldaten im Norden und Nordosten Syriens stationiert, um eine Allianz mit kurdischen Milizen zu bilden. Wie lange sie noch bleiben, nachdem Trump Ende März scheinbar spontan ihren sofortigen Abzug erwogen hatte, ist ungewiss.

Ohne ein ernsthaftes Gegengewicht zu Akteuren wie Russland, Iran oder der Türkei zu bilden, geben Skeptiker zu bedenken, muss sich Washington mit

der Rolle des Zuschauers begnügen, der vielleicht ab und an laut werden, aber nicht mitspielen kann.

Moskau und Teheran seien bereit, mit ihren Truppen die Macht Assads zu garantieren, während sich die USA nicht einmal zu einer Strategie durchringen könnten, doziert Ryan Crocker, einst Botschafter im Irak, in Syrien und Afghanistan.

Im Kongress sind die politischen Fronten eher diffus. Auch prominente Oppositionelle gehören zu denen, die Trump applaudieren, wenn auch verhalten. Chuck Schumer, die Nummer eins der Demokraten im Senat, spricht von einer punktgenauen Strafaktion, die den syrischen Diktator hoffentlich abschrecken werde. Frank Herrmann